

DAS „UNTERNEHMEN BARBAROSSA“ GEGEN DIE SOWJETUNION – EIN PRÄVENTIVKRIEG?

ZUR WIEDERBELEBUNG DER ALTEN RECHTFERTIGUNGSVERSUCHE DES DEUTSCHEN ÜBERFALLS AUF DIE UDSSR 1941

Gerd R. Ueberschär

(Aus: *Wahrheit und „Auschwitzlüge“*. Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Propaganda, hrsg. von Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Benz und Wolfgang Neugebauer, Wien 1995, S. 163–182)

Bis weit in die achtziger Jahre galt nicht nur in der historischen Wissenschaft, sondern auch in den deutschsprachigen Medien als gesichertes Erkenntnis, daß Hitlers Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 das konsequente Ergebnis seines ideologischen Ostprogramms – nämlich die Gewinnung von „Lebensraum im Osten“ – war; dieses Fazit stützte sich auf die Forschungsergebnisse zahlreicher Studien.¹ Im Zusammenhang mit dem seit Sommer 1986 in Deutschland entbrannten „Historikerstreit“ über die Ursprünge und Vergleichbarkeit der NS-Verbrechen² kam es dann aber in konservativen Medien zum überraschenden Versuch, den Angriff der Wehrmacht auf die UdSSR am 22. Juni 1941 in einen sogenannten „Präventivkrieg“³ umzudeuten. Dieses Bemühen traf auf ein seit Kriegsende 1945 vorhandenes und anhaltendes Interesse, das den Ereignissen um das „Unternehmen Barbarossa“, wie der militärische Deckname der deutschen Angriffsoperationen lautete, in Wissenschaft, Forschung und Publizistik entgegengebracht wird.⁴

¹ Gerhard Schreiber, Zur Perzeption des Unternehmens „Barbarossa“ in der deutschen Presse, in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 27–42.

² Zum „Historikerstreit“ siehe die Textsammlungen und zusammenfassenden Überblicke in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987; Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt 1987; Gernot Erler/Rolf-D. Müller/Ulrich Rose/Thomas Schnabel/Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette, Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte, Freiburg 1987; Reinhard Kühnl (Hrsg.), Vergangenheit, die nicht vergeht (zuletzt unter dem Titel: Streit ums Geschichtsbild). Die „Historiker-Debatte“. Darstellung, Dokumentation, Kritik, Köln 1987; Ernst Nolte, Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit, Berlin–Frankfurt 1987; Christian Meier, Vierzig Jahre nach Auschwitz. Deutsche Geschichtserinnerung heute, München 1987; Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt 1987; Hilmar Hoffmann (Hrsg.), Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. Eine Diskussion um politische Kultur in der Bundesrepublik aus Anlaß der Frankfurter Römerberggespräche 1986, Frankfurt 1987; Imanuel Geiss, Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit, Berlin 1988; Eike Hennig, Zum Historikerstreit, Frankfurt am Main 1988; Hans-Ulrich Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit. Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988; Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Streitfall Deutsche Geschichte. Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in den 80er Jahren, Essen 1988; Heinrich Senfft, Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des „Historikerstreits“, Hamburg 1989; Klaus Oesterle/Siegfried Schiele (Hrsg.), Historikerstreit und politische Bildung, Stuttgart 1989; Helmut Donat/Lothar Wieland (Hrsg.), „Auschwitz erst möglich gemacht?“ Überlegungen zur jüngsten konservativen Geschichtsbewältigung, Bremen 1991.

³ Zur begrifflichen Einordnung siehe u. a.: Karl-Ernst Jeismann, Das Problem des Präventivkrieges im europäischen Staatensystem mit besonderem Blick auf die Bismarckzeit, München–Freiburg 1957.

⁴ Siehe dazu die Zwischenbilanz zum Forschungsstand in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Neuausgabe als Taschenbuch u. d. T.: Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Frankfurt 1991.

Die Zeitungsartikel und Berichte fanden dann auch ein lebhaftes Leserbrief-Echo, zumal Hitlers Entscheidung vom Sommer 1940, die Sowjetunion anzugreifen – gemessen an den Auswirkungen –, als einer der folgenreichsten außenpolitischen Entschlüsse während des Zweiten Weltkrieges angesehen werden kann. Die politischen Ausstrahlungen des vertragswidrigen Überfalls vom 22. Juni 1941 lassen sich bis heute verfolgen. Das Ergebnis des an den Angriff anschließenden deutsch-sowjetischen Krieges von 1941 bis 1945 hat die Landkarte Europas sehr nachhaltig verändert. Der Hitler-Biograph, Joachim C. Fest, hat denn auch in seiner umfassenden biographischen Studie über Hitler den Befehl des Diktators zum Angriff auf die UdSSR als den „letzten und gravierendsten jener Selbstmörder-Entschlüsse“⁵ bezeichnet, die Hitlers Außen- und Kriegspolitik kennzeichneten.

Die Wiederaufnahme der Debatte über die „Präventivkriegsthese“ birgt die Gefahr in sich, daß sich falsche historische Vorstellungen über die Kriegspolitik der Nationalsozialisten verfestigen und daß sich die Grenzen der seriösen Forschung über das „Unternehmen Barbarossa“ zur apologetischen Literatur verwischen könnten. Es ist deshalb legitim, sogleich auf Gefahren hinzuweisen, die sich aufgrund irriger Erklärungsmodelle der Vergangenheit ergeben können. Die neuerlichen Rechtfertigungsversuche für den deutschen Angriff im Osten sind mittlerweile auch sehr heftig als „gefährliche Kampagne“ im In- und Ausland eingeschätzt und kommentiert worden, wie schon Ende März 1987 auf einem Internationalen Symposium der Joseph-Wirth-Stiftung in Essen⁶ deutlich wurde; insofern verdienen sie besondere Beachtung und bedürfen entsprechender Richtigstellung.

Die Fakten über den deutsch-sowjetischen Krieg waren bislang sowohl in der Geschichtsforschung als auch in der Berichterstattung der seriösen bundesdeutschen Medien unstrittig. Es bestand allgemein Übereinstimmung, „daß im Juni 1941 kein Präventivkrieg begonnen hatte, sondern Hitler zur Realisierung seiner eigentlichen Absichten schritt, die ideologisch motiviert waren. Darin blieben traditionelle machtpolitische Ziele natürlich eingeschlossen“⁷. Das „Dritte Reich“ überfiel mit dem „Unternehmen Barbarossa“ 1941 die Sowjetunion, obwohl seit August 1939 ein Nichtangriffspakt zwischen Berlin und Moskau bestand. Danach führte das nationalsozialistische Deutschland gegen die UdSSR einen machtpolitisch, wirtschaftlich und rassenideologisch motivierten Vernichtungskrieg.

In der historischen Wissenschaft ist ferner als Forschungsergebnis weitgehend anerkannt, daß die wiederholt gestellte Frage nach Hitlers Motiven für die im Sommer 1940 gefällte Entscheidung zum Krieg gegen Moskau im Kontext seiner langfristigen und grundsätzlichen politischen Ziele für eine deutsche Groß- und Weltmachtstellung zu sehen ist. Nach den Studien von Gerhard L. Weinberg, Hugh R. Trevor-Roper, Eberhard Jäckel, Axel Kuhn und Andreas Hillgruber über Hitlers außenpolitisches Programm, seine Kriegsziele und „Strategie“ ist die Auffassung allgemein akzeptiert, daß die Absicht des „Führers“, die Sowjetunion anzugreifen, keinesfalls monokausal aus der politischen Situation des Kriegsjahres 1940 zu erklären, sondern im Rahmen seines schon vor 1933 entwickelten „Ostprogramms“ für die Eroberung von „Lebensraum im Osten“ zu bewerten ist.⁸

⁵ Joachim C. Fest, *Hitler. Eine Biographie*, Frankfurt 1973, S. 881.

⁶ Vgl. u. a. Lew Besymenski, *Kathedr-Revanchismus. Gedanken über die Ursprünge einer politisch-psychologischen Kampagne*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 32 (1987) 3, S. 273–284, bes. S. 276, 280.

⁷ Schreiber, S. 41.

⁸ Gerhard L. Weinberg, *Germany and the Soviet Union, 1939–1941*, Leiden 1954; ders., *The foreign Policy of Hitler's Germany. Vol. 1: Diplomatic Revolution in Europe 1933–1936*, Chicago–London 1970, Vol. 2: *Starting World War 2, 1937–1939*, Chicago–London 1980; Hugh R. Trevor-Roper, *Hitlers Kriegsziele*, in: *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte* 8 (1960) 2, S. 121–133; Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Tübingen 1969, erweiterte Neuausgabe Stuttgart 1981; Axel Kuhn, *Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1938*, Stuttgart 1970; Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940–1941*, München 1965, 2. Aufl. 1982.

Weitere historische Forschungsarbeiten⁹ brachten den Nachweis, daß der Überfall des „Dritten Reiches“ auf die Sowjetunion programmatisch begründet und konsequent ausgerichtet war auf die dogmatische Verfolgung der in großen Zügen seit den zwanziger Jahren festgeschriebenen Ziele und Absichten im Rahmen der Hitlerschen Rassen- und Lebensraumpolitik im Osten. Hitlers Entschluß zum Angriff auf die UdSSR war das wohlüberlegte, immer wieder angestrebte und seit seinem Buch „Mein Kampf“ von 1925 und seinem „Zweiten Buch“ von 1928¹⁰ schon lange beschlossene Hauptziel seines außenpolitischen Grundmusters. Daran hat Hitler auch nach seinem Regierungsantritt im Januar 1933 festgehalten. Schon in seiner Ansprache vor der Reichswehrgeneralität im Februar 1933 hat er die Absicht, „Lebensraum im Osten“ erobern zu wollen, bekräftigt. Innerhalb des Hitlerschen „Ostprogramms“ lassen sich nach den Forschungsergebnissen von Andreas Hillgruber vier politisch-wirtschaftliche Zielkomplexe als Motive des NS-Regimes für den Krieg gegen die Sowjetunion feststellen:

- die Ausrottung der „jüdisch-bolschewistischen“ Führungsschicht sowie der Juden in Ostmitteleuropa,
- die Gewinnung von Kolonial- und Lebensraum für das „Dritte Reich“,
- die Dezimierung und Unterwerfung der slawischen Bevölkerung unter deutscher Herrschaft in neu zu errichtenden sogenannten „Reichskommissariaten“ und
- die Errichtung eines autarken, blockadefesten „Großraumes“ Kontinentaleuropas unter Hitlers Herrschaft, wobei die eroberten sowjetischen Gebiete die ökonomischen Ergänzungsräume bilden und die kontinentale Vorherrschaft Deutschlands gewährleisten sollten, um schließlich das Fernziel einer „Weltmachtstellung“ erreichen zu können.¹¹

In seiner grundlegenden Studie über Hitlers Strategie zog der 1989 verstorbene Kölner Historiker Andreas Hillgruber ferner den Schluß, „daß bei Hitlers Angriff auf die Sowjetunion von einem ‚Präventivkrieg‘ im üblichen Sinne des Begriffs, einer Kriegshandlung, die unternommen wird, um einem zum Angriff bereiten oder schon dazu ansetzenden Gegner durch die Auslösung eines eigenen Angriffs zuvorzukommen, keine Rede sein kann“.¹²

Gelegentliche Versuche, die frühe, programmorientierte Zielvorgabe Hitlers als nicht entscheidend für den Krieg gegen Stalin abzutun und statt dessen die sozusagen verfahrenemilitärstrategische Situation und die „aggressionsträchtige“ Außenpolitik der Sowjetunion im Sommer 1940 als ausschlaggebenden Faktor für den Entschluß zum Angriff im Osten darzustellen,¹³ konnten in den sechziger und siebziger Jahren aufgrund der Quellen und bekannten Schlüsseldokumente über Hitlers Absichten rasch widerlegt werden. Sie fanden nur vereinzelt am Rande der Wissenschaft entsprechende Anhänger.¹⁴

⁹ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion (Beitrag von Jürgen Förster), Stuttgart 1983; Eberhard Jäckel, Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986.

¹⁰ Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1925; Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet u. kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961.

¹¹ Hillgruber, S. 519 f.

¹² Ebenda, S. 533.

¹³ Philipp W. Fabry, Der Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941. Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Außenpolitik, Darmstadt 1962; vgl. auch ders., Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen von 1933 bis 1941, Stuttgart 1971. Dagegen John Erickson, Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion 1940/41, in: Andreas Hillgruber (Hrsg.), Probleme des Zweiten Weltkrieges, Köln–Berlin 1976, S. 75–99.

¹⁴ Bernd Stegemann, Der Entschluß zum Unternehmen Barbarossa. Strategie oder Ideologie?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), S. 205–213; vgl. ebenso Hartmut Schustereit, Vabanque. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Versuch, durch den Sieg im Osten den Westen zu bezwingen, Herford–Bonn 1988.

Trotz der Gegenbeweise, daß nämlich Hitlers Entscheidung zum Ostkrieg nicht durch die Furcht vor der Roten Armee bestimmt war,¹⁵ erzielten sie im Dunstkreis rechtsextremistischer Gruppierungen ein stärkeres Echo; sie finden dort offensichtlich nach wie vor eine größere Leserschaft, wie die vielfachen Auflagen der apologetischen Bücher¹⁶ erkennen lassen. So gab es in den zurückliegenden Jahrzehnten in den Blättern der extremen Rechten und in neonazistischen Schriften immer wieder Versuche, Hitlers Krieg gegen die UdSSR einerseits als Abwehrkampf Europas gegen den Bolschewismus zu rechtfertigen und andererseits zugleich seinen völkerrechtswidrigen Charakter als Vernichtungskrieg gegen Juden und Slawen zu bestreiten. Manchmal gelangten diese Legenden auch in die Leserbriefspalten regierungsnaher offiziöser Fachzeitschriften, wie z. B. ohne Kommentierung über mehrere Ausgaben des Jahres 1985 hinweg in der unter ständiger Mitarbeit der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr herausgegebenen Zeitschrift „Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau“.¹⁷ Tatsachenwidrig wurde dort behauptet, es sei „allein dem deutschen Rußlandkämpfer zu verdanken“, „daß die kommunistische Gefahr bis zum Erscheinen der Amerikaner und Engländer von Westeuropa abgewendet worden ist“, dies sei die größte Leistung des deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg, so lautete das übliche klischeehafte Fazit. Daß die Wehrmacht die Sowjetunion angegriffen hat, blieb dabei jedoch unerwähnt.

Neu an der jüngsten Entwicklung war ab 1986, daß die „Präventivkriegsthese“ auch von demokratischen Konservativen nicht mehr unbedingt verworfen wurde, wenn es darum ging, ein national orientiertes Geschichtsbild zu entwerfen. Dies zeigte sich deutlich im Kontext des 1986 entfachten „Historikerstreits“. Darin kam der sowjetischen Diktatur und Politik Moskaus gleichsam als Vergleichsmöglichkeit und Bewertungsmaßstab für die deutsche Diktatur und deren Handlungsweise eine besondere Rolle zu.¹⁸

Indem der Berliner Historiker Ernst Nolte einen Zusammenhang zwischen Auschwitz und dem Archipel GULag konstruierte, war es möglich, den Holocaust als Gegenreaktion und Ergebnis einer psychologischen „Zwangslage“ und nicht als Ausdruck des deutschen Sonderweges im europäischen Kulturkreis zu bewerten. Nolte stellte zudem noch die Überlegung an, ob Hitler nach Kriegsbeginn im September 1939 die Juden nicht zu Recht als Gefangene behandeln und internieren durfte, da der Präsident der Jewish Agency, Chaim Weizmann, erklärt hatte, die Juden ständen in diesem Krieg gegen Nazi-Deutschland auf der Seite der Westmächte und Demokratien. Den Versuchen, eine „Relativierung“ des NS-Staates und seiner Verbrechen zu erreichen und die Singularität der nationalsozialistischen Gewalt- und Mordaktionen in Zweifel zu ziehen, ist allerdings in vielfältiger Weise – zuerst insbesondere von dem Frankfurter Soziologen Jürgen Habermas – heftig widersprochen worden.¹⁹

Die „Historikerkontroverse“ wurde mit großer Schärfe und auch Polemik geführt, da sie mit der Frage verknüpft war, welchen identitätsstiftenden Sinn das deutsche Geschichtsbild vermitteln könnte. Dabei gerieten alsbald auch andere, bislang akzeptierte

¹⁵ Andreas Hillgruber, Noch einmal: Hitlers Wendung gegen die Sowjetunion 1940, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), S. 214–226; Gerd R. Ueberschär, Hitlers Entschluß zum „Lebensraum“-Krieg im Osten. Programmatisches Ziel oder militärstrategisches Kalkül?, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), S. 83–110.

¹⁶ Erich Helmdach, Überfall? Der sowjetisch-deutsche Aufmarsch 1941, Neckargemünd 1976, 7. Aufl. Berg am See 1983; Max Klüver, Präventivschlag 1941. Zur Vorgeschichte des Rußlandfeldzuges, Leoni 1986.

¹⁷ Siehe den Abdruck der Leserbriefe in: Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau 34 (1985), S. 306, 406, 520 f.

¹⁸ Vgl. Gerd R. Ueberschär, Deutsche Zeitgeschichte in Hitlers Schatten. Ein Überblick zum „Historikerstreit“ über die Ursprünge und Vergleichbarkeit der NS-Verbrechen, in: Eler/Müller u. a., S. 2–85; ders., „Historikerstreit“ und „Präventivkriegsthese“, in: Tribüne 26 (1987), S. 108–116.

¹⁹ Einzelbelege und Nachweise finden sich in der in Anm. 410 aufgeführten Literatur.

Forschungspositionen in das Blickfeld des verstärkten Suchens nach einem positiven nationalbewußten Geschichtsbild für Deutschland.

Es war kein Zufall, daß die neuen Rechtfertigungsversuche des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion 1941 im Kontext des „Historikerstreits“ aufgetreten sind; denn nach wie vor ist für die deutsche Identitätssuche der Umstand störend, daß sich der deutsch-sowjetische Krieg von 1941 bis 1945 nicht zu einem gerechten nationalen Verteidigungskrieg hochstilisieren läßt, wie es in der trivialen Kriegsliteratur und in sogenannten „Landserheftchen“ gerade für die Kämpfe im Osten 1944/45 hingestellt wird. Die Historiker Eberhard Jäckel und Hans Mommsen haben auf diesen zeitlichen Zusammenhang ausdrücklich hingewiesen.²⁰

Ebenso hinderlich für eine neue nationale Identitätsbildung bleibt die von der Geschichtsforschung nachgewiesene besondere funktionale Bedeutung der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ in Europa. Denn bezeichnenderweise erfolgte die schriftliche Weisung Görings an den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Heydrich, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa“, am 31. Juli 1941,²¹ als sich die NS-Führung – ebenso wie die Wehrmachtsführung – nach dem begonnenen Krieg gegen die Sowjetunion auf dem Höhepunkt der Sieges euphorie befand. Görings Befehl zur „Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage“ diente Heydrich dann auch als Begründung zur Einberufung der Wannsee-Konferenz, die jedoch wegen der militärischen Krise der deutschen Armeen vor Moskau vom Dezember 1941 auf Januar 1942 verschoben werden mußte.

Der erfolgreiche Vormarsch und der Siegeslauf der Deutschen Wehrmacht in das westliche Gebiet der UdSSR in den Sommermonaten 1941 markieren den Wendepunkt der NS-Judenpolitik von der bisherigen Phase der Verfolgung durch wirtschaftliche Ausschaltung, Enteignung, Diskriminierung und Vertreibung zur Phase der physischen Vernichtung. Ab September 1941 wurde in Auschwitz das Zyklon-B-Blausäurepräparat zur Ermordung jüdischer Häftlinge und sowjetischer Kriegsgefangener benutzt.²² Der von Beginn an mit programmatischer Absicht geführte Krieg gegen die Sowjetunion bot Hitler die Chance, seine rassenideologischen Ziele und die damit verbundene „völkische“ Neugestaltung Europas durchzuführen. Die Vernichtung der aus ganz Europa deportierten Juden war keine Folge einer Not- oder Zwangssituation Hitlers, sondern wie die geplante Ostexpansion ein fester Bestandteil der Hitlerschen Rassenvorstellungen.²³ Beide Ziele gehörten zum gleichen Programm. Insofern ist der systematische, plan- und fabrikmäßige Mord an über fünf Millionen europäischen Juden in den Gettos und Vernichtungslagern in Osteuropa Bestandteil der deutschen Kriegführung im Zweiten Weltkrieg.

Dieser Zusammenhang wird auch durch die Erklärung des schon im Sommer 1941 inoffiziell eingesetzten Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, bestätigt, als er NS-Pressevertretern in geheimer Sitzung am 18. November 1941 die enge Verknüpfung von Ostkrieg und Judenvernichtung in sehr freimütiger Weise erläuterte und dabei das Ziel offen darlegte: „Zugleich ist dieser Osten berufen, eine Frage zu lösen, die den Völkern Europas gestellt ist: Das ist die Judenfrage. Im Osten leben noch etwa sechs Millionen Juden, und diese Frage kann nur gelöst werden in einer biologischen Ausmerzungen des gesamten Judentums in Europa. Die Judenfrage ist für Deutschland erst gelöst, wenn der letzte Jude das

²⁰ So Eberhard Jäckel in der Sendung „Auschwitz als Folge des Archipel Gulag?“, Norddeutscher Rundfunk, Redaktion Forum 3, 4. 1. 1987.

²¹ Zitiert nach: Gerd R. Ueberschär, Das Scheitern des Unternehmens „Barbarossa“. Der deutsch-sowjetische Krieg vom Überfall bis zur Wende vor Moskau im Winter 1941/42, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), S. 149.

²² Vgl. Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung, Stuttgart 1985.

²³ Vgl. Andreas Hillgruber, Der Entschluß zur Ermordung der europäischen Juden, in: Jürgen Rohwer/Eberhard Jäckel (Hrsg.), Kriegswende. Dezember 1941, Koblenz 1984, S. 227.

deutsche Territorium verlassen hat, und für Europa, wenn kein Jude mehr bis zum Ural auf dem europäischen Kontinent steht.“²⁴ Vor dem Hintergrund dieser Handlungsabsichten wiegt die nachweisbare aktive Teilnahme von Wehrmachtsverbänden und ihrer Führungsspitzen am Hitlerschen Vernichtungskrieg im Osten um so schwerer.²⁵

Da einzelne Historiker eine unmittelbare Verknüpfung, einen „kausalen Nexus“ (Nolte) zwischen Auschwitz und dem Archipel GULag herzustellen bestrebt waren, erschien es konsequent, den bislang festgestellten Zusammenhang zwischen dem Massenmord an den europäischen Juden und Hitlers Vernichtungskrieg um „Lebensraum im Osten“ aufzulösen. Man möchte von den in den eroberten sowjetischen Gebieten verübten deutschen Verbrechen wegkommen. Die historische Last des rassenideologisch motivierten Krieges im Osten ließe sich am raschesten abtragen, wenn man Hitlers Angriffsbefehl gegen die UdSSR – ebenso wie die Holocaust-Verbrechen von Auschwitz – als Ergebnis einer „Zwangslage“ gleichsam aus Furcht vor einer potentiellen „asiatischen Tat“ hinstellt. So blieb es nicht aus, daß konservative Medien besonderes Interesse an der Publizierung der These vom deutschen Angriff auf die UdSSR als „Präventivschlag“ zeigten und Verfechtern dieser neubelebten NS-Propagandaerklärung breiten Raum zur Darstellung ihrer Thesen gewährten.

Der im Windschatten des „Historikerstreits“ unternommene Versuch, den deutschen Angriff auf die UdSSR am 22. Juni 1941 in einen „Präventivkrieg“ umzudeuten, stützte sich sowohl auf erneute Spekulationen über Stalins Kriegspolitik, die der Grazer Philosoph Ernst Topitsch in seinem Buch über „Stalins Krieg“ 1985 unterbreitet hat,²⁶ als auch auf militärtechnische Thesen des Freiburger Militärhistorikers Joachim Hoffmann sowie des sowjetischen Emigranten und ehemaligen Generalstabsoffiziers der Roten Armee Viktor Suvorov (das ist Viktor Rezun) über einen offensiven militärischen Aufmarsch der Sowjetstreitkräfte gegen das Deutsche Reich²⁷.

Das Erklärungsmodell Topitschs, der schon früher als konservativer Streiter – u. a. auch gegen die Friedens- und Konfliktforschung – hervorgetreten ist,²⁸ gipfelt in der Behauptung, der Zweite Weltkrieg sei „in seinem politischen Kern als Angriff der Sowjetunion“ auf die großen westlichen Demokratien zu charakterisieren, „bei dem Deutschland und später Japan dem Kreml nur als militärische Werkzeuge dienen“. Er kommt zu dem absurden Ergebnis,

²⁴ Zitiert nach dem Tagebuch von Alfred Rosenberg, wiedergegeben im Leserbrief von Robert M. W. Kempner, in: Frankfurter Rundschau, 4. 7. 1987, S. 2.

²⁵ Siehe dazu die einzelnen Forschungsergebnisse und abgedruckten Dokumente in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), *passim*, sowie die Arbeiten von Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen*, Stuttgart 1978, 2. Aufl. 1980; Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1939–1942*, Stuttgart 1981; Helmut Krausnick, *Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938-1942*, Frankfurt, durchges. Ausgabe 1985; Omar Bartov, *The Eastern Front, 1941-45. German Troops and the Barbarisation of Warfare*, London 1985; ferner: *Eine Schuld, die nicht erlischt. Dokumente über deutsche Kriegsverbrechen in der Sowjetunion*, Köln 1987; Arno Mayer, *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“*, Reinbek 1989; Theo Schulte, *The German Army and Nazi Policies in occupied Russia*, Oxford 1989.

²⁶ Ernst Topitsch, *Stalins Krieg. Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik*, München 1985, 2. Aufl. 1986, 3. Aufl. 1990.

²⁷ Joachim Hoffmann, *Die Sowjetunion bis zum Vorabend des deutschen Angriffs*, in: *Das Deutsche Reich*, Bd. 4, S. 38–97, und ders., *Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion*, in: *Ebenda*, S. 713–809; Viktor Suvorov, *Who was Planning to Attack Whom in June 1941, Hitler or Stalin?*, in: *Rusi. Journal of the Royal United Services Institute for Defence Studies* 130 (1985), S. 50–55; ders., *Yes, Stalin was Planning to Attack Hitler in June 1941*, in: *Rusi. Journal of the Royal United Services Institute for Defence Studies* 131 (1986), S. 73 f.

²⁸ Zu Topitschs konservativer Position siehe Jens Fischer, *Aufklärer in ideologischer Absicht. Konservativer Positivismus bei Ernst Topitsch und Hermann Lübke*, in: Martin Greiffenhagen (Hrsg.), *Der neue Konservatismus der siebziger Jahre*, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 57–66.

die Sowjetführung habe den Angriff Hitlers „selbst provoziert“, „um vor aller Welt als Opfer eines ‚Überfalls‘ dazustehen“.²⁹

Suvorov stellte seine Ansicht, Stalin habe im Sommer 1941 das „Dritte Reich“ angreifen wollen, ebenfalls 1985 in einer englischen Militärzeitschrift, später noch in seiner Publikation „Der Eisbrecher“ von 1989, vor. In abgeschwächter Form vertritt Joachim Hoffmann eine ähnliche These: 1941 sei gleichsam die letzte Chance gewesen, dem Aggressor Stalin zuvorzukommen, der für 1942 den Angriff auf Deutschland geplant habe. Zumindest sei „von der Offensivaufstellung der Roten Armee und den militärischen Maßnahmen auf sowjetischer Seite [...] jedenfalls schon 1941 eine ernste strategische Bedrohung“ ausgegangen; die sowjetische Politik „lasse eine unveränderte Aggressivität erkennen“³⁰.

Sowohl Topitschs Spekulationen als auch Suvorovs unbelegte Vermutungen sind für die Forschung ohne wissenschaftlichen Erkenntniswert geblieben. Die Außenseiterposition Suvorovs hatte es jedoch konservativ orientierten deutschen Presseorganen besonders angetan. Unter der bezeichnenden Überschrift „Der Krieg der Diktatoren“ wurde im August 1986 dargelegt, die Hypothese von der sowjetischen Angriffsabsicht gegen Deutschland im Jahre 1941 habe durch Suvorovs Publikationen an „Plausibilität gewonnen“; es werde dadurch deutlich, daß im Sommer 1941 zwei Aggressoren aufeinandergeprallt seien. Diese neue Erkenntnis könne die Deutschen zukünftig vor einer sogenannten „besonderen Friedensschuld“ gegenüber der Sowjetunion, die durch Moskau bislang geschickt „außenpolitisch-propagandistisch“ angemahnt worden sei, bewahren.³¹

Konnte man dem Grazer Philosophen noch zugute halten, daß sich hier „einer, in Unkenntnis seiner Fähigkeiten, einfach vergriffen“ hat,³² so zeigt der Zeitungsartikel doch die bedenkliche Tendenz und bewußte Intention, aus politischen Gründen die historische Last des Hitlerschen „Unternehmens Barbarossa“ umzudeuten, um sich letzten Endes davon völlig freimachen zu können. Man möchte ganz offensichtlich alte Feindbilder restaurieren, um das Gespenst von der „asiatischen Tat“ für Zwecke der historisch-politischen Bildung im Rahmen eines nationalbewußten deutschen Geschichtsbildes instrumentalisieren zu können.

Der Pressebeitrag löste eine heftige Reaktion aus. Er fand sowohl Zuspruch als auch scharfen Widerspruch.³³ Besorgt konstatierte die Fernsehautorin und -moderatorin Lea Rosh in einem Kommentar zum Wandel in der Aufarbeitung und Interpretation der jüngsten Vergangenheit: „Es wird nicht mehr allzu lange dauern, und wir werden von diesen Herren hören, daß der Überfall der Deutschen auf die Sowjetunion eine rein präventive Maßnahme war: Hitler kam Stalin nur zuvor. So lautete ja schon die Verteidigungsstrategie in den Nürnberger Prozessen. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß die Horrormärchen aus der Mottenkiste hervorgeholt würden.“³⁴

Tatsächlich kam Ernst Topitsch eilfertig zu dem Fazit, neuere Forschungen hätten „zumindest schwerwiegende Indizien dafür beigebracht, daß nicht nur Hitler den sogenannten ‚Lebensraum‘ im Osten erobern wollte, sondern auch Stalin eine Großoffensive vorbereitete“.³⁵ Auf gleiche Weise, die bisher anerkannten Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft außer acht lassend, zog der konservative Publizist Gerd-Klaus

²⁹ Topitsch, S. 140 ff., 145.

³⁰ Joachim Hoffmann, Stalin wollte den Krieg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 10. 1986, S. 8.

³¹ Günther Gillessen, Der Krieg der Diktatoren. Wollte Stalin im Sommer 1941 das Deutsche Reich angreifen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 8. 1986.

³² So ein Leserbrief, in: Der Spiegel 43/1986.

³³ Vgl. die Leserbriefe in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom September bis Dezember 1986.

³⁴ Lea Rosh, Bald sagen sie, Hitler kam Stalin nur zuvor, in: Vorwärts, 17. 1. 1987.

³⁵ Ernst Topitsch, Perfekter Völkermord, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt 3, 16. 1. 1987, S. 20.

Kaltenbrunner das Resümee, „wissenschaftlich“ sei es „noch überhaupt nicht entschieden, ob der Beginn des Rußland-Feldzuges als ‚Präventivkrieg‘ anzusehen ist oder nicht“.³⁶

Ging es zunächst um die Behauptung einer möglichen Stalinschen Angriffsabsicht gegenüber Berlin für das Jahr 1941, 1942 oder später anhand angeblich „ernstzunehmender Indizien“ (Topitsch), so zeigten danach Beiträge in offiziellen Fachzeitschriften unter dem Vorzeichen der „psychologischen Kriegführung“ und unter „psycho-politischen Aspekten“,³⁷ daß eine bezeichnende Akzentverschiebung erfolgte. Es ging – gleichsam in einem zweiten Schritt – nicht nur um die vermutete Stalinsche Kriegsabsicht, sondern „vornehmlich um die Motive Hitlers“, die man nicht länger auf dessen rassenideologisches Ostprogramm zurückführen möchte. Hitler galt nicht mehr als der bewußte Aggressor; er habe lediglich auf die aggressive Politik Stalins reagiert und keinesfalls den schon lange zuvor propagierten und beabsichtigten Krieg um den „Lebensraum im Osten“ in Angriff genommen. Mit der These vom „berechtigten Präventivschlag“ wurden die Nationalsozialisten gar zu Rettern des europäischen Abendlandes vor dem Bolschewismus hochstilisiert.

Bei dieser Sichtweise werden allerdings unliebsame Forschungsergebnisse verdrängt oder einfach nicht zur Kenntnis genommen. Auch die inzwischen publizierten Goebbels-Tagebücher, die als wichtige Quelle bezüglich Hitlers Gedankenwelt und Vorstellungen anerkannt sind,³⁸ werden deshalb als Beleg für Hitlers programmatisch bedingten Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion abgelehnt. Völlig unseriös sind Behauptungen, daß diejenigen Historiker, die das Eroberungsprogramm des Diktators als eigentliche Ursache für den Überfall auf die Sowjetunion ansehen, sozusagen als „Moskaufreunde“ agierten. Es überrascht jedoch kaum, daß solche billigen Vorwürfe in speziellen nationalistischen Kreisen nach wie vor Gehör finden.

Der nächste Schritt ist der Vorwurf des „Volksschädling“ oder „Nestbeschmutzers“, wie er von rechtsextremistischen Blättern in Deutschland bereits vorgenommen wurde.³⁹ Solche Verteufelungen finden stets bereitwillig Zustimmung in der rechten Ecke des politischen Spektrums.⁴⁰

Nicht lange auf sich warten ließ der Beifall für die Wiederbelebung der „Präventivkriegsthese“ von Kriegsveteranen und ehemaligen Ostkriegsteilnehmern sowie des früheren NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden in der rechtsextremistischen Zeitschrift „Nation und Europa“, zumal Autoren aus der rechten Ecke und Ewiggestrige die Präventivkriegslegende schon häufiger zu aktualisieren suchten.⁴¹

Bedenklich war die damals beabsichtigte Korrektur, weil mit der neuerlichen „Präventivschlagsthese“ im Sinne des Erlanger Historikers Michael Stürmer „Begriffe

³⁶ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Angst vor einem Raubtier, das schon tot ist, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt 51, 12. 12. 1986, S. 19.

³⁷ Ernst Topitsch, Psychologische Kriegführung – einst und heute, in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift 152 (1986), S. 415–420; Bernd Stegemann, Geschichte und Politik. Zur Diskussion über den deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941, in: Beiträge zur Konfliktforschung. Psycho-politische Aspekte 17 (1987), S. 73–97; siehe auch Ernst Topitsch, Die deutsche Neurose. Pseudo-Moral als Waffe psychologischer Kriegführung, in: Criticon 100–101/1987, S. 67–72.

³⁸ Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, 4 Bde, München 1987.

³⁹ Siehe u. a. den diffamierenden Bericht „Deutsche Geschichte ‚amtlich‘ gefälscht. Das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr macht es möglich“, in: Deutsche Wochen-Zeitung 4/1985.

⁴⁰ Jörg Albisser, Ein anderer Historikerstreit. Turbulenzen im Militärgeschichtlichen Forschungsamt (Freiburg i. Br.), in: Criticon 100–101/1987, S. 120–123.

⁴¹ Zum „Echo von rechts“ siehe u. a. die Artikel: Die Schuld am Rußlandfeldzug. Ein neues Geschichtsbild entsteht, in: Deutsche National-Zeitung 3/1987, S. 3, und Georg Pemlier, So kam es zum Rußland-Feldzug. War es wirklich ein Überfall?, in: Deutsche National-Zeitung 23/1987, S. 5; Adolf von Thadden, Der Rußlandfeldzug – Überfall oder Präventivschlag?, in: Nation und Europa 3/1987, S. 32–37.

geprägt“ und „Vergangenheit gedeutet“ werden sollten,⁴² indem bisher akzeptierte Forschungsergebnisse über den deutschen Überfall auf die UdSSR nun als „moskaufreundlich“ diffamiert wurden. Symptomatischerweise versuchen Konservative und Autoren der „Neuen Rechten“ – wie z. B. der Bochumer Politikwissenschaftler Bernhard Willms – den Begriff „Antifaschismus“ als „identitätsstörend“ negativ zu besetzen;⁴³ Wissenschaftler, die an der Verantwortlichkeit Hitlers und des Nationalsozialismus für die Entfesselung des deutsch-sowjetischen Krieges festhalten, werden in diesem Kontext polemisch als „Antifaschisten“ bezeichnet, da man die moralische Verurteilung der nationalsozialistischen Völkerrechtsverbrechen – wie z. B. des vertragswidrigen Überfalls auf die Sowjetunion – als „kollektiven Selbsthaß“ und für ein nationales Geschichtsbild schädlich ansieht.

Durch die Akzentverschiebung und unbewußte Aufnahme von Anleihen bei den alten nationalsozialistischen Propagandathesen entsteht die generelle Gefahr, daß die Trennungslinie zwischen konservativen und rechtsextremistischen Positionen verwischt wird; die Abgrenzung zu eindeutig rechtsextremistischen Vorstellungen erweist sich dann immer mehr „als fließend“.⁴⁴ Diese Gefahr hat man auf konservativer Seite allerdings erkannt. In einem zweiten, den Streit resümierenden Artikel betonte Günther Gillessen am 25. Februar 1987, daß er mit der Spekulation über vermutliche Moskauer Angriffsabsichten gegen das „Dritte Reich“ auf keinen Fall die Tatsache der deutschen Aggression in Frage stellen oder die alte NS-Propagandathese vom „Präventivkrieg“ übernehmen wolle.⁴⁵

Dennoch ist es berechtigt zu fragen, wo die Verfechter der modifizierten „Präventivschlagthese“ ihre Abgrenzung zum Rechtsextremismus und zur plumpen Apologie des „Dritten Reiches“ ziehen wollen; denn schon werden sie in rechtsextremistischen Kreisen und deren Publikationsorganen als neue Kronzeugen für alte Nazi-Thesen hofiert.⁴⁶ Es ist bezeichnend, so schreibt der Historiker Arno Klönne, daß in zunehmendem Umfange Positionen salon- und „gesprächsfähig“ gemacht werden, „die bis vor kurzem noch als extremistisch galten oder wegen ihrer Verwandtschaft zum Faschismus bzw. Nationalsozialismus mit einem Tabu belegt waren“; in dieser Hinsicht verlagerten sich – nach Klönnes Ansicht – ganz offensichtlich die Maßstäbe zugunsten der Rechten.⁴⁷ Warnend sei ferner darauf hinzuweisen, daß man sich mit solchen Vorstellungen und Positionen bereits in „philosophischen Vorräumen des historischen Faschismus“ befinde – und dieser Befund sollte zu denken geben. Als große Enttäuschung für die Verfechter der „Präventivkriegsthese“ erwies sich allerdings die mit großem Aufwand angekündigte Studie von Ernst Nolte über Nationalsozialismus und Bolschewismus als die beiden Seiten des „europäischen Bürgerkrieges 1917–1945“,⁴⁸ denn er konnte für seine Theorie, daß der deutsche Überfall „ein objektiv begründeter und

⁴² Michael Stürmer, Geschichte in einem geschichtslosen Land, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 4. 1986; ders., Suche nach der verlorenen Erinnerung. Es geht um innere Kontinuität und außenpolitische Berechenbarkeit, in: Das Parlament 20/21 (17./24. 5. 1986), S. 1.

⁴³ Vgl. dazu Arno Klönne, Bundestagswahl. Historiker-Debatte und „Kulturrevolution von rechts“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 32 (1987) 3, S. 285–296.

⁴⁴ Hans Mommsen, Suche nach der „verlorenen Geschichte“? Bemerkungen zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, in: Merkur 40 (1986) 10, S. 867.

⁴⁵ Günther Gillessen, Der Krieg der Diktatoren. Ein erstes Resümee der Debatte über Hitlers Angriff im Osten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 2. 1987, S. 33.

⁴⁶ Siehe z. B.: „Kriegsverbrecher“-Prozesse: So wird gefälscht. Forschungsamts-Direktor Dr. Hoffmann deckt auf, in: Deutsche National-Zeitung 22/1987, S. 5.

⁴⁷ Klönne, S. 288, zum folgenden S. 296. Zur Verschiebung der ideellen Grundlagen der Bundesrepublik siehe auch die Hinweise bei Bernd Faulenbach, NS-Interpretationen und Zeitklima. Zum Wechsel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 22/87 (30. 5. 1987), S. 19–30.

⁴⁸ Ernst Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt–Berlin 1987, zu den folgenden Zitaten siehe S. 460 f., 466.

unvermeidbarer Entscheidungskampf“ gewesen sei, keine Beweise heranzubringen. Gleichwohl, so behauptete Nolte, müsse die Frage des Präventivkrieges wieder auftauchen, weil es keine ideologischen Gründe für Hitlers Weltanschauungskrieg gegen die UdSSR gegeben habe; dieser sei vielmehr „konsequent“ gewesen. Für Nolte ist denn auch diese Frage „bis heute [...] nicht verlässlich entschieden“. Noltens Theorie vom „Unternehmen Barbarossa“ als verständliche präventive Reaktion auf die angeblich permanente sowjetische Bedrohung wurde sogleich als völlig unhaltbar und unbewiesen zurückgewiesen.⁴⁹

Wer es unternimmt, die Umbewertung bislang unbestrittener historischer Tatsachen zu betreiben, sollte in aller Regel neue, bedeutende Quellen vorweisen können, die seine andere, neuartige Sicht der Dinge belegen können. Im Falle der damals aufgestellten „Präventivschlagthese“ sucht man jedoch vergeblich nach neuem Quellenmaterial. Andreas Hillgruber hat schon 1982 derartige „revisionistische“ Interpretationen anhand der vorliegenden Quellen gründlich widerlegt und als einen „Rückfall in frühe Stadien der Diskussion“ bezeichnet, „die seit fast zwanzig Jahren als überwunden gelten konnten“.⁵⁰

Sowohl eine erneute Überprüfung des Wahrheitsgehaltes der NS-Propaganda vom angeblichen Präventivcharakter des deutschen Überfalls auf die UdSSR 1941 als auch eine nochmalige umfassende Bewertung des Hitlerschen Ostkriegsprogramms im Rahmen neuerer Untersuchungen von Wigbert Benz über den Vernichtungscharakter des Ostkrieges und von Bianka Pietrow über die sowjetische Außenpolitik 1940/41 sowie im allgemeinen Kontext der nationalsozialistischen Ideologie⁵¹ haben mittlerweile die Unhaltbarkeit der Thesen von Ernst Topitsch, Joachim Hoffmann und Viktor Suvorov bestätigt. Pietrows Abhandlung führt den Nachweis, daß die Außenpolitik der UdSSR bis 1941 trotz allgemeiner Großmachtambitionen durch ein starkes Sicherheitsbedürfnis geprägt war. Insbesondere weist sie nachhaltig darauf hin, daß die u. a. von Joachim Hoffmann als erstrangige Quelle und Beweis für die Stalinsche Angriffsabsicht herangezogene Rede des sowjetischen Diktators vom 5. Mai 1941 vor Absolventen der Militärakademien mit ihren unterschiedlichen Überlieferungsversionen aus zweiter Hand schon lange bekannt ist und daß demnach die dabei gemachten Äußerungen Stalins keineswegs „als eindeutig verifiziert zu bezeichnen“ sind.⁵² Nach wie vor bleibt folglich die Frage offen, ob Stalin in dieser Rede von einer Angriffsabsicht oder Verteidigungsbereitschaft für das Jahr 1941 oder 1942 gesprochen hat.

Auch die neuesten Studien von Rainer Zitelmann und Eberhard Jäckel über Hitlers Weltanschauung und seine politischen Zielvorstellungen bestätigten das Fazit, „daß nämlich die Eroberung von Lebensraum im Osten zu den Konstanten der Hitlerschen Programmatik gehörte“; allerdings sollten nach Zitelmanns Ergebnis Hitlers ökonomische Erwägungen stärker beachtet werden.⁵³

Dagegen hat Viktor Suvorov in seinem 1989 in mehreren europäischen Sprachen in hoher Auflage herausgegebenen Buch an seiner alten These festgehalten und Hitler als den nützlichen „Eisbrecher“ Stalins hingestellt, der dem Kremldiktator aber dennoch mit einem

⁴⁹ Wigbert Benz, Präventiver Völkermord? Zur Kontroverse um den Charakter des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 33 (1988) 10, S. 1215–1227.

⁵⁰ Hillgruber, Noch einmal, S. 214, 224.

⁵¹ Wigbert Benz, Der Rußlandfeldzug des Dritten Reiches. Ursachen, Ziele, Wirkungen, Frankfurt 1986, 2. Aufl. 1988; Bianka Pietrow, Deutschland im Juni 1941 – ein Opfer sowjetischer Aggression?, in: Geschichte und Gesellschaft 14 (1987), S. 116–135; Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette, Kriegspropaganda mit der „antibolschewistischen Platte“, in: Frankfurter Rundschau, 23. 6. 1987, S. 10.

⁵² Siehe Pietrow; zur Einschätzung der Stalin-Rede vgl. auch Besymenski, S. 281 f.

⁵³ Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg–Leamington Spa–New York 1987, S. 463; ders., Zur Begründung des „Lebensraum“-Motivs in Hitlers Weltanschauung, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München 1989, S. 551–567; Jäckel, Hitlers Herrschaft.

Präventivschlag zuvorgekommen sei.⁵⁴ Seine spekulativen Darlegungen stießen allerdings in der Wissenschaft erneut auf scharfe Kritik und Ablehnung.⁵⁵ Auch Ernst Topitsch wiederholte sowohl in der 1990 als dritte Auflage als auch in der 1993 nunmehr verwirrend als „zweite, überarbeitete und erweiterte“ Auflage bezeichneten Neuausgabe seines Buches seine alten unbewiesenen Spekulationen, obwohl man inzwischen in der Stalin-Biographie von Dimitrij Volkogonov nachlesen konnte, daß der Kreml-Diktator sogar Vorschläge des sowjetischen Generalstabes ablehnte, einen eigenen präventiven Angriff gegen den registrierten Aufmarsch der Hitlerschen Wehrmacht zu führen, da er an einen Überfall Hitlers nicht glauben wollte.⁵⁶

Interessant und zugleich bezeichnend für die Behauptung vom „Präventivschlag“ gegen den offensiven Aufmarsch der Roten Armee ist die Beobachtung, daß völlig darauf verzichtet wird, der Frage nachzugehen, ob die deutschen Politiker und Militärs seinerzeit in der Annahme handelten, Stalin zuvorkommen, d. h., ob die Präventivkriegsvorstellung den deutschen Entscheidungsprozeß überhaupt beeinflusste. Da dies nachweislich nicht der Fall war, verlegt man sich auf mehr oder minder vage Spekulationen über Stalins Politik und versucht, Hitlers programmatische Motive für seinen Krieg gegen die Sowjetunion als unerheblich und bedeutungslos hinzustellen. Was dann dabei herauskommt, ist ziemlich absonderlich: Der deutsche Diktator habe, als er der Deutschen Wehrmacht befahl, die UdSSR zu überfallen, einen „Präventivkrieg“ geführt, ohne es allerdings selbst zu wissen und ohne dies bei seiner Entscheidung zu berücksichtigen, obwohl er dann später die „Präventivkriegsthese“ von Propagandaminister Goebbels verbreiten ließ. Neuerdings hat auch der österreichische Militärhistoriker Heinz Magenheimer, obwohl er sich in seiner Bewertung des Überfalls auf die UdSSR allgemein der „Präventivschlagsthese“ annähert und dem deutschen Angriff vom 22. Juni 1941 nunmehr „eine präventive Funktion“ zuerkennt, bekräftigt, daß der erst in den letzten Wochen vor dem Überfall erkannte „sowjetische Großaufmarsch“ nicht als Hauptgrund für Hitlers Entscheidung zum deutschen Angriff angesehen werden kann.⁵⁷

Insgesamt ist die neuerliche, „modifizierte Präventivschlagsthese“ ohne wissenschaftliche Resonanz geblieben. Sie entbehrt jeglicher seriösen Substanz und blieb deshalb auch für den eigentlichen engeren „Historikerstreit“ ohne Bedeutung. Sie fand auch kein Echo in der seriösen Historiographie oder bei renommierten Geschichtsforschern des Zweiten Weltkrieges, wie mehrere Sammelbände mit ihren Resümees dokumentieren, die anlässlich des 50. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion in Verbindung mit mehreren internationalen Kongressen veröffentlicht wurden; sie widmen sich insbesondere den internationalen Aspekten und dem besonderen Charakter des Krieges im Osten beim Massenmord an den Juden Europas.⁵⁸ Zugleich haben neuere Studien von Dimitrij Volkogo-

⁵⁴ Viktor Suworow, *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül*, Stuttgart 1989, inzwischen mehrere Auflagen.

⁵⁵ Vgl. u. a. die Besprechungen von Bernd Bonwetsch, *Was wollte Stalin am 22. Juni 1941? Bemerkungen zum „Kurzen Lehrgang“* von Viktor Suworow, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 34 (1989) 6, S. 687–695; ferner Rolf-Dieter Müllers Rezension in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte* des 20. und 21. Jahrhunderts 4 (1989) 4, S. 148–151; Wolfgang Malanowski, *Rücken an Rücken oder Brust an Brust?*, in: *Der Spiegel* 10/1989, S. 148–164; ebenso die Besprechung von Alexander Fischer, *Unternehmen „Barbarossa“*, in: *Das Parlament* 8, 16. 2. 1990, S. 13; und die Widerlegung von Suworovs Thesen durch Gabriel Gorodetsky, *Stalin und Hitlers Angriff auf die Sowjetunion. Eine Auseinandersetzung mit der Legende vom deutschen Präventivschlag*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 37 (1989) 4, S. 645–672.

⁵⁶ Topitsch, *Stalins Krieg*, 3. Aufl. als „Neuausgabe“, Herford 1990, neuerdings 2. überarb. und erw. Aufl. Herford 1993; Dimitri Wolkogonow, *Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt*, Düsseldorf 1989.

⁵⁷ Heinz Magenheimer, *Neue Erkenntnisse zum „Unternehmen Barbarossa“*, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 29 (1991) 5, S. 441–445; ders., *Zum deutsch-sowjetischen Krieg 1941. Neue Quellen und Erkenntnisse*, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 32 (1994) 1, S. 51–60.

⁵⁸ Vgl. Ueberschär/Wette (Hrsg.), S. 399 ff.; Bernd Wegner (Hrsg.), *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“*, München 1991, S. XIII f., darin insbesondere: Gabriel

nov, Vladimir Karpov und Valerij Danilov anhand neu aufgefundener sowjetischer Quellen den Nachweis gebracht, daß General Zhukov als Chef des sowjetischen Generalstabes zusammen mit Marschall Timoschenko, dem damaligen Volkskommissar für die Verteidigung, am 15. Mai 1941 aus militärischen Gründen einen eigenen Offensivplan aufstellen ließ; er hatte einen Präventivschlag der Roten Armee gegen den erkannten Aufmarsch der Wehrmacht zum Inhalt.⁵⁹ Die Bedeutung dieses Dokumentes für Hitlers Kriegsabsicht und als Nachweis für einen konsequenten sowjetischen Aufmarsch bis zum 22. Juni 1941 wird allerdings oft überschätzt,⁶⁰ denn Stalin untersagte strikt die Durchführung dieses Planes, da er jegliche Provokation gegenüber Berlin vermeiden wollte.

Die Protagonisten der neuerlichen „Präventivkriegsthese“ sind weitgehend isoliert. Allerdings haben sie mittlerweile in konservativ ausgerichteten Medien entsprechenden Platz erhalten. So bleibt zu vermuten, daß die Geschichte des Zweiten Weltkrieges von rechten und konservativen Kreisen im Zeichen „revisionistischer“ Bemühungen für ein positives Nationalbewußtsein benutzt werden sollte, um das alte Feindbild und die Furcht vor dem Osten wieder schärfer zu konturieren. Offensichtlich soll durch die Wiederbelebung des Antikommunismus eine besondere Identität gestiftet werden. Dafür will man durch eine Umdeutung des deutschen Überfalls auf die UdSSR den Nachweis bringen, daß Rußland schon immer – gleichsam unveränderlich – der Hort der bösen „asiatischen Tat“ gewesen ist. Die im Rahmen sogenannter „psychologisch-politischer Kriegführung“ wieder aufgetischten „Präventivkriegsthesen“ lassen diese Absicht erkennen; mit Geschichtswissenschaft haben sie in diesem Fall nichts zu tun.

Oder will man Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion, den Ernst Nolte noch 1963 als „ungeheuerlichsten Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg“, den die moderne Geschichte kenne,⁶¹ zusammenfassend charakterisiert hat, nachträglich zum gerechten nationalen Verteidigungskrieg der Wehrmacht gegen das „Reich des Bösen“ hochstilisieren? Soll er – ähnlich wie es die NS-Propaganda im Sommer 1941 wollte⁶² – als „Kampf“ bzw. „Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus“ in einem freundlicheren Lichte erscheinen

Gorodetsky, Stalin und Hitlers Angriff auf die Sowjetunion, S. 347–366; Roland Foerster (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941, München 1993; Norman Naimark/Alexander Dallin/David Holloway/Sasha Pursley (Ed.), Operation Barbarossa: The German Attack on the Soviet Union, June 22, 1941, Salt Lake City: The College of Humanities, University of Utah, 1991 (Soviet Union/Sovietique Union, Vol. 18, Nos. 1–3); Hans Schafranek/Robert Streibel (Hrsg.), 22. Juni 1941. Der Überfall auf die Sowjetunion, Wien 1991; Hans-Heinrich Nolte, Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Text und Dokumentation, hrsg. v. d. Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1991; Peter Jahn/Reinhard Rürup (Hrsg.), Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Essays, Berlin 1991; Hans-Heinrich Nolte (Hrsg.), Der Mensch gegen den Menschen. Überlegungen und Forschungen zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941, Hannover 1992.

⁵⁹ Wolkogonow, S. 548; Vladimir Karpov, Zukov, in: Kommunist vooruzjonnijch sil (Kommunist der Streitkräfte) 5/1990, vgl. dazu auch den Hinweis bei Magenheimer, Neue Erkenntnisse, S. 444; Walerij Danilow, Hat der Generalstab der Roten Armee einen Präventivkrieg gegen Deutschland vorbereitet?, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 31 (1993) 1, S. 41–51; E. I. Zjuzyn, Gotovil li SSSR preventivnyj udar? (Bereitete die UdSSR einen Präventivkrieg vor?), in: Voenna-Istoriceskij Zurnal 1/1992, S. 7–29; Andrej N. Mercialov, Der 22. Juni 1941: Anmerkungen eines sowjetischen Historikers, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 24 (7. 6. 1991), S. 25–36; Ju. A. Gorkov (Generaloberst), Gotovil li Stalin upreschdajuschtschij udar protiv Gitlera v 1941? (Was Stalin Preparing a Forestalling Thrust against Hitler in 1941?), in: Novaja i novejschaja Istorija 3/1993, S. 29–45.

⁶⁰ Vgl. Günther Gillissen, Krieg zwischen zwei Angreifern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 3. 1993; vgl. noch zuvor: Volker Detlef Heydorn, Der sowjetische Aufmarsch im Bilystoker Balkon bis zum 22. Juni 1941 und der Kessel von Wolkowysk, München 1989.

⁶¹ Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 436.

⁶² Vgl. Wolfram Wette, Die propagandistische Begleitmusik zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), S. 111–129; ders., „Unternehmen Barbarossa“: Die verdrängte Last von 1941, in: Donat/Wieland (Hrsg.), S. 94–103.

und auf diese Weise zum Traditionsbestandteil nationaler oder europäisch-abendländischer Ideologie gemacht werden? Die aus der alten NS-Propagandakiste hervorgeholte „Präventivkriegsthese“ gehört zweifellos zu den „jüngsten Verdrehungen unserer historischen Sichtweise“,⁶³ um sich aus der Verantwortung für den deutsch-sowjetischen Krieg von 1941 bis 1945 lösen und ein nationalbewußtes Geschichtsbild zeichnen zu können. Gerhart Hass hat in einem, das alte DDR-Geschichtsbild zum „Unternehmen Barbarossa“ korrigierenden Beitrag in Erinnerung gerufen, wie wichtig gerade die Verbindung zwischen Ostkrieg und „Endlösung der Judenfrage“ ist, wenn es um die Frage nach den Gründen für Hitlers Angriffsentscheidung geht.⁶⁴

Es ist auffallend, daß auch die neueren Publikationen von Fritz Becker und Werner Maser den Krieg Hitlers gegen die UdSSR gleichsam stellvertretend für Europa als Abwehrkampf gegen den Bolschewismus, dessen Diktator Stalin nach ihrer Ansicht eine gigantische Angriffsoperation unter dem Decknamen „Gewitter“ für Mitte Juli 1941 vorsah, sehr stark in den Vordergrund stellen.⁶⁵ Nach Masers Ansicht kam Hitlers „Unternehmen Barbarossa“ dem von Stalin geplanten Angriff auf Deutschland nur um wenige Stunden zuvor. Exakte Belege für ihre Thesen können auch Becker und Maser nicht vorlegen; der Präventivplan Zhukovs und Timoschenkos ist für ihre Thesen kein Beweis, statt dessen ignorieren sie weitgehend Hitlers politische und ideologische Maxime, neuen „Lebensraum im Osten“ erobern zu wollen. Es ist überraschend, wie beide Autoren die Ergebnisse der seriösen wissenschaftlichen Forschung mißachten und unberücksichtigt lassen.

Dagegen hat nun Rainer F. Schmidt Stalins politisches Kalkül im Frühjahr und Frühsommer 1941 als „eine verfehlte Strategie für alle Fälle“⁶⁶ definiert, indem er davon ausgeht, daß der sowjetische Diktator trotz allgemeinen hektischen Aktionismus „unverändert an der Maxime einer Konfliktvermeidung“ festhielt, obwohl er nach dem Flug von Reichsminister Heß nach England den Eindruck gewinnen konnte, daß sich London und Berlin auf seine Kosten einigen würden und Hitler danach freie Hand für einen Krieg gegen die UdSSR erlangen könnte, für den er sich wappnen müßte. Dennoch gebot Stalin den drängenden Militärs um Zhukov und Timoschenko „strikt Einhalt“, lehnte den von ihnen entworfenen Präventivplan ab und setzte vielmehr die bisherige Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler fort.

Symptomatisch für das Bemühen, sogenannte „revisionistische“ Thesen salonfähig zu machen, stellt Ernst Nolte in seinem neuesten Buch die Frage, „ob der deutsche Angriff auf die Sowjetunion trotz der Eroberungs- und Vernichtungsintentionen Hitlers, über die unter den Autoren [so konstatiert Nolte] Einmütigkeit besteht, vielleicht trotzdem ein Präventivkrieg war“.⁶⁷ Die Frage, wie Vernichtungsintention und Präventivkrieg in Einklang gebracht werden könnten, läßt er unbeantwortet. Ob es Nolte nur darum geht, fortwährend provozierende Fragen zu stellen und darauf keine Antworten zu bieten, um in erster Linie „revisionistisch“ zu wirken?

Die historische Last des vertragswidrigen deutschen Angriffs auf die UdSSR läßt sich jedoch nicht durch Spekulationen über möglicherweise irgendwann vorhandene langfristige

⁶³ Annette Kuhn, „Wem gehört die deutsche Geschichte.“ Eine notwendige Diskussion zu einer falsch gestellten Frage, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 32 (1987), S. 25–32, hier S. 25; vgl. auch Wolfram Wette, *Über die Wiederbelebung des Antibolschewismus mit historischen Mitteln. Oder: Was steckt hinter der Präventivkriegsthese?*, in: *Erler/Müller u. a.*, S. 86–115.

⁶⁴ Gerhart Hass, *Der deutsch-sowjetische Krieg 1941–1945. Zu einigen Legenden über seine Vorgeschichte und den Verlauf der ersten Kriegswochen*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 39 (1991) 7, S. 647–662, hier besonders S. 651 f.

⁶⁵ Fritz Becker, *Im Kampf um Europa. Stalins Schachzüge gegen Deutschland und den Westen*, Graz–Stuttgart 1991; Werner Maser, *Der Wortbruch. Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg*, München 1994.

⁶⁶ Rainer F. Schmidt, *Eine verfehlte Strategie für alle Fälle. Stalins Taktik und Kalkül im Vorfeld des Unternehmens „Barbarossa“*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 45 (1994), S. 368–379.

⁶⁷ Ernst Nolte, *Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus*, Berlin–Frankfurt 1993, S. 269.

Kriegsabsichten Stalins verdrängen. Hält man statt dessen an der Verantwortung Hitlers und seines „Dritten Reiches“ für diesen grausamen Krieg fest, so geht es keinesfalls darum, Stalins Rolle und skrupellose Machtpolitik während des Zweiten Weltkrieges zu übersehen oder sein Terrorregime zu verharmlosen, wie es den Gegnern der „Präventivkriegsthese“ gern unterstellt wird. Es geht vielmehr um die Warnung vor Verdrängungsmechanismen und Rechtfertigungsversuchen, die der – anscheinend unliebsamen – Forderung nach Nicht-Ver-gessen und Nicht-Verdrängen entgegengestellt werden.⁶⁸

Auch geht es darum, die Realität des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und den funktionalen Zusammenhang von „Holocaust“ und „Unternehmen Barbarossa“ anzuerkennen, um nicht bei jedem neuerlichen „Historikerstreit“ krampfhaft nach Erklärungen für einen angeblich gerechtfertigten „Präventivschlag“ der Deutschen Wehrmacht gegenüber Moskau suchen zu müssen oder alte „Verteidigungslügen“ neu-zubeleben, wie es Wolfram Wette formulierte.⁶⁹ Es ist deshalb absurd, von einer Übernahme der früheren sowjetischen Geschichtsdarstellung zu schreiben, wenn man die schwere historische Hypothek des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, der immerhin auch nach neuesten Zahlen die höchsten Opfer im Zweiten Weltkrieg abverlangt wurden, anerkennt und deshalb Wege der Versöhnung sowie „Brücken der Verständigung“ – auch über die Vergangenheit hinweg – beschreiten möchte.⁷⁰ Dieser besonderen Aufgabe dient die korrekte Wissensvermittlung über die Hitlersche Kriegsvorbereitung und den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg im Osten sowie über dessen „ideologische und gesellschaftliche Wurzeln“, zumal große Teile der deutschen Macht- und Führungseliten darin verstrickt waren.⁷¹ In ähnlicher Weise wurde die Aufarbeitung der „verdrängten Geschichte der Schuld des deutschen Volkes gegenüber den Völkern der Sowjetunion“ auch in Überlegungen und Thesen der evangelischen Kirche in Deutschland für eine neue „Ostdenkschrift“ betont. Dies erfolgt dort mit dem klaren Bekenntnis zu dem von der historischen Forschung festgehaltenen Faktum: „Der Krieg gegen die Sowjetunion ist als totaler Angriffs- und Vernichtungskrieg geplant und durchgeführt worden.“⁷² Dieses Bekenntnis wurde ebenso beispielhaft 1991 in mehreren Begleitprojekten und in der Gesamtkonzeption zur Berliner Ausstellung „Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945“ anlässlich des 50. Jahrestages des deutschen Überfalls

⁶⁸ Vgl. Michael Schneider, Das „Unternehmen Barbarossa“. Die verdrängte Erblast von 1941 und die Folgen für das deutsch-sowjetische Verhältnis, Frankfurt 1989; Wolfram Wette, Erobern, zerstören, auslöschen. Die verdrängte Last von 1941: Der Rußlandfeldzug war ein Raub- und Vernichtungskrieg von Anfang an, in: Die Zeit 48, 20. 11. 1987, S. 49 f.

⁶⁹ Wolfram Wette, Verteidigungslügen. Warum die Mär vom deutschen Präventivkrieg gegen Rußland neu belebt wird, in: Die Zeit 28, 8. 7. 1988.

⁷⁰ Siehe die Beiträge in dem Sammelband: Elisabeth Raiser/Hartmut Lenhard/Burkhard Homeyer (Hrsg.), Brücken der Verständigung. Für ein neues Verhältnis zur Sowjetunion. Im Auftrag der Arbeitsgem. Solidarische Kirche Westfalen und Lippe, Gütersloh 1986.

⁷¹ Wigbert Benz, NS-Völkermord in der UdSSR und Friedenserziehung im Geschichtsunterricht, in: Karlsruher pädagogische Beiträge 7 (1986) 13/14, S. 57–69, hier S. 58, 64 f., zum Unterrichtsmodell siehe ders., Der Rußlandfeldzug, S. 144 ff., 159 ff. Zur pädagogischen Forderung, Feindbilder generell abzubauen und Feindbildpropaganda zu unterlassen, vgl. die Ansprache von Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Kommandeurstagung der Bundeswehr vom 3. 6. 1987, auszugsweise abgedruckt in: Frankfurter Rundschau, 5. 6. 1987, S. 4.

⁷² Siehe Abdruck der acht „Versöhnungsthesen“ in: Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe u. a. (Hrsg.), Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion. Herausforderungen zur Umkehr. Eine Thesenreihe, Redaktion: Hartmut Lenhard, Gütersloh 1987; ferner in: DS zitiert: Neue Thesen zur Versöhnung mit der Sowjetunion. „Glasnost“ auch im Westen, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 23, 7. 6. 1987, S. 16; Zur Diskussion vor dem Hintergrund der Ostdenkschrift von 1965 vgl. dagegen Erwin Wilkens, Ideologische Befangenheit ist keine guter Ratgeber, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt 23, 5. 6. 1987, S. 21, und den Bericht: Ruf nach Versöhnung mit Sowjetunion bewegt Kirchenpolitiker, in: Frankfurter Rundschau, 26. 5. 1987, S. 1. Vgl. ferner: Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989.

deutlich zum Ausdruck gebracht.⁷³ Dagegen erinnern die für die „Präventivkriegsthese“ vorgebrachten Argumente fatal an die NS-Kriegspropaganda von 1941, aber auch sie entsprach schon damals nicht den historischen Tatsachen, denn es ging bei dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 – um dies nochmals deutlich als Bilanz festzuhalten – „nicht um einen präventiven Schlag gegen die Rote Armee“, sondern eindeutig um die Verwirklichung von Hitlers ideologisch begründetem Ostprogramm mit dem Angriffsziel, „Lebensraum im Osten“ zu erobern.⁷⁴

⁷³ Reinhard Rürup (Hrsg.), Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Eine Dokumentation (Ausstellungskatalog), Berlin 1991.

⁷⁴ So die Feststellung von Manfred Messerschmidt in der Einleitung zu: Das Deutsche Reich, Bd. 4, S. XVI.